

19/2025 4. DEZEMBER

- 4 **Krankenversicherung** Höherer Bundeszuschuss sinnvoll
- 5 **Rente** Von Stabilisierung profitieren gerade die Jungen
- 6 **Automatisierung** Mitbestimmter Fortschritt nützt allen
- 7 **NWI** Wohlfahrtsgewinn mit Schattenseiten

VERTEILUNG

Ungleichheit steigt, Vertrauen sinkt

Die Einkommensungleichheit hat sich seit 2018 weiter erhöht. Darunter leidet auch das Vertrauen in staatliche Institutionen.

Die Ungleichheit der Einkommen hat seit 2010 deutlich zugenommen und mittlerweile einen neuen Höchststand erreicht – ebenso wie die Armutsquote. Ein wichtiger Grund: Die Umverteilungswirkung durch Steuern und Sozialtransfers hat tendenziell abgenommen. Auch wenn sich der Mindestlohn positiv ausgewirkt hat, haben viele Personen mit niedrigen Einkommen unter dem Strich vom Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahrzehnt wenig profitiert. Parallel zur wirtschaftlichen Ungleichheit nimmt die gesellschaftliche Polarisierung zu. Das zeigt der neue Verteilungsbericht des WSI.

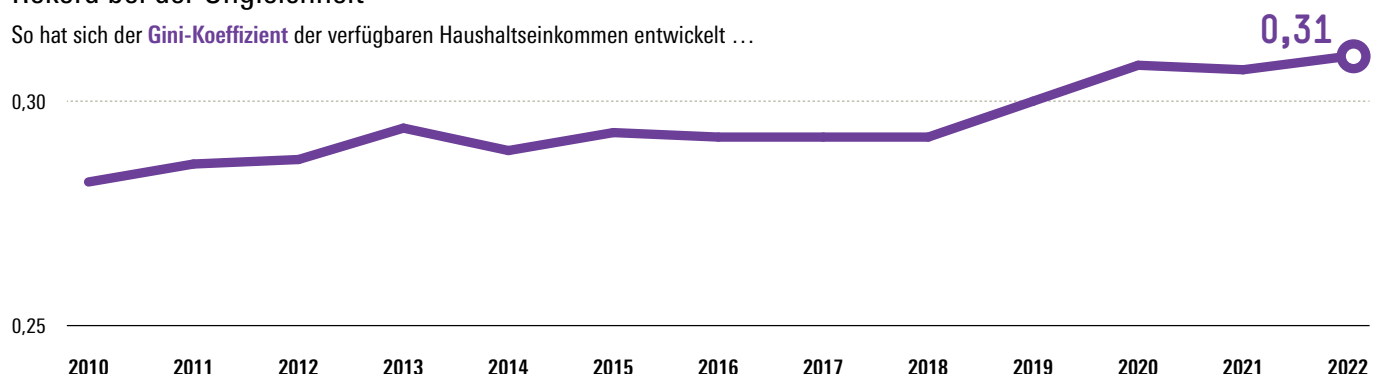
„Steigt die Ungleichheit der Einkommen, steigt gleichzeitig auch die Ungleichverteilung der Teilhabemöglichkeiten. Die Frage, wie sich die Konzentration der Einkommen entwickelt, hat somit eine eminent gesellschaftspolitische Bedeutung“, erklärt WSI-Verteilungsexpertin und Studienautorin Dorothee Spannagel. Das gelte gerade für die jüngste Entwicklung: Allein zwischen 2018 und 2022, dem jüngsten Jahr, für das Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) vorliegen, ist der Gini-Koeffizient, der Ungleichheit auf einer Skala von null bis eins misst, um gut sechs Prozent gestiegen. Damit wurde der höchste Wert seit Beginn des SOEP im

Jahr 1984 erreicht. Die jährliche Befragung von 22 000 Haushalten ist eine maßgebliche Datenquelle für Einkommen in Deutschland und den neuen Verteilungsbericht. Zudem stützt sich Spannagel auf die Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung, für die seit 2020 regelmäßig 5000 bis 7500 Erwerbstätige und Arbeitsuchende befragt werden, zuletzt nach der Bundestagswahl im März 2025.

„Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz spricht von einer globalen Ungleichheitskrise. Eine Variante sehen wir zunehmend deutlich auch bei uns in Deutschland. Wenn es eine soziale Marktwirtschaft nicht schafft, ihr Teilhabe- und Fairnessversprechen einzuhalten, ist das hoch problematisch für ihre Akzeptanz – und auch für die Akzeptanz unserer Demokratie“, so WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch. „Geradezu fatal ist es, wenn wirtschaftlich Mächtige und politisch Verantwortliche daraus die genau falschen Schlüsse ziehen. Mehr Einzelkämpfertum statt Miteinander, neue Hürden für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch deregulierte Arbeitszeiten, Abbau sozialer Rechte und sozialer Sicherung, Erleichterungen vor allem für Wohlhabende – das wird die Probleme unserer Gesellschaft nicht lösen, sondern verschärfen“, sagt die Soziologin. > > >

Rekord bei der Ungleichheit

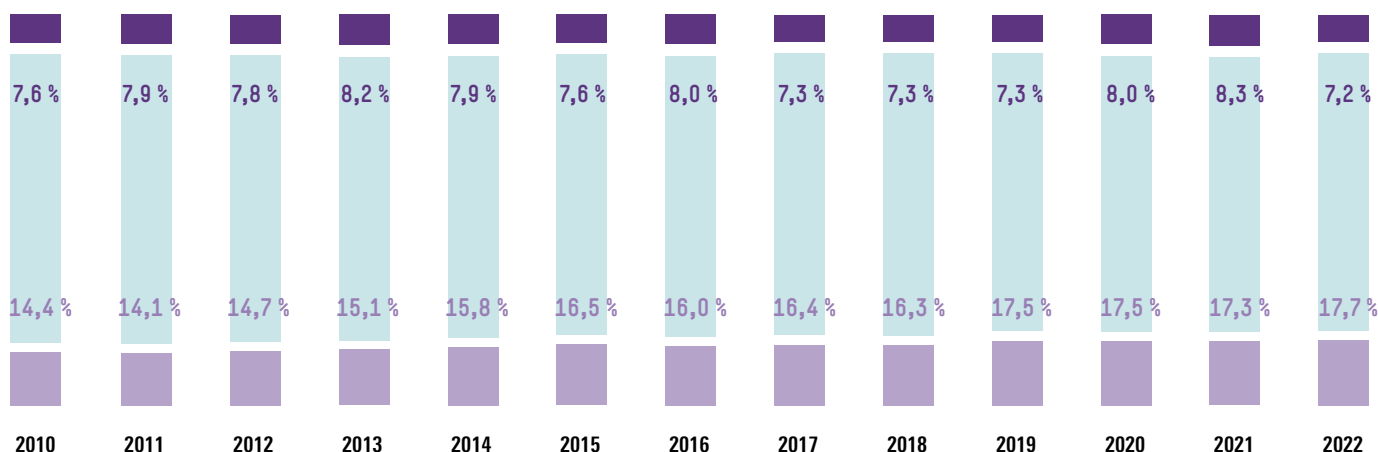
So hat sich der **Gini-Koeffizient** der verfügbaren Haushaltseinkommen entwickelt ...



Quelle: Spannagel 2025

Armut wächst, Reichtum stagniert

So hoch war der Anteil der **Armen** und **Reichen** an der Bevölkerung ...



Quelle: Spannagel 2025

Hans Böckler
Stiftung

„Stattdessen sollten wir uns auf unsere Stärken besinnen und bewährte Arrangements erneuern, die leider erodiert sind. Dazu zählen Tarifverträge als praxisnahe, fair verhandelte und verbindliche Regeln im Arbeitsleben. Dazu zählt ein tragfähiges soziales Netz, das auch Mut dazu macht, sich auf Wandel und Transformation einzulassen, und eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur, von funktionierenden Verkehrswegen und bezahlbarer Energie bis zum Bildungs- und dem Gesundheitssystem. Und dazu zählt eine fairere Steuerpolitik, die Privilegierungen für sehr hohe Vermögen abbaut. Etwa durch das Schließen von Schlupflöchern für Superreiche bei der Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.“

Geringe Einkommen bleiben zurück

Nach einem deutlichen Anstieg der Einkommensungleichheit in den späten 1990er- und frühen 2000er-Jahren verharrte der Gini-Koeffizient einige Zeit auf dem erhöhten Niveau. Die Auswertung der neuesten verfügbaren SOEP-Daten im Verteilungsbericht zeigt, dass er ab 2010 weiter zugelegt hat – in leichten Wellenbewegungen, aber insgesamt mit eindeutiger Tendenz und ab 2018 deutlich beschleunigt: 2010 lag der Gini-Wert noch bei 0,282. Bis 2022 kletterte er auf einen neuen Höchststand von 0,310. Der Trend zu mehr Ungleichheit zeigt sich unabhängig von der Fluchtmigration im letzten Jahrzehnt, er fällt allerdings schwächer aus, wenn man die Einkommen Geflüchteter bei der statistischen Analyse ausklammert.

Der sogenannte Theil-Index reagiert insbesondere auf Veränderungen am unteren Rand der Einkommensverteilung, während der Palma-Index die Entwicklung am oberen Rand stärker abbildet. Auch diese beiden Indizes signalisieren, dass die Ungleichheit seit 2010 zugenommen und einen neuen Spitzenwert erreicht hat. Dabei ist der Theil-Index relativ stärker gestiegen als der Palma-Index. Das deutet darauf hin, dass vor allem niedrige Einkommen gegenüber den übrigen zurückgeblieben sind.

Deutlich zugenommen hat seit 2010 auch die Einkommensarmut. Als arm gelten Haushalte mit Einkommen un-

terhalb von 60 Prozent des mittleren Einkommens, was beispielsweise einem jährlichen Nettoeinkommen von weniger als 15439 Euro für eine alleinlebende Person entspricht; Haushalte, die über weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens verfügen, leben in „strenger Armut“. Die Quote armer Haushalte stieg bis 2022, ebenfalls mit einzelnen Schwankungen, von 14,4 auf 17,7 Prozent. Dabei war Fluchtmigration ein bedeutender Faktor, aber der Trend zeigt sich auch unabhängig davon, betont Forscherin Spannagel. Von strenger Armut waren 2010 noch 7,9 Prozent aller Haushalte betroffen, 2022 bereits 11,8 Prozent.

Weniger getan hat sich am oberen Ende der Verteilung. Ab 200 Prozent des Medianeinkommens, aktuell knapp 51500 Euro netto für einen Single, gilt ein Haushalt als einkommensreich, bei mehr als 300 Prozent als sehr reich. Die Quote der reichen Haushalte stieg von 7,6 Prozent 2010 zwischenzeitlich leicht auf gut 8 Prozent und sank dann, mit einigen Schwankungen, auf 7,2 Prozent im Jahr 2022. Der Anteil der sehr einkommensreichen Haushalte lag 2010 bei 1,9 und 2022 bei 2 Prozent.

Auch bei einem genaueren Blick auf die Mittelschicht, zu der Haushalte mit Einkommen von 60 bis unterhalb von 200 Prozent des Medians zählen, zeigt sich „oben“ mehr Konstanz als „unten“: Ein Einkommen, das dem Median entspricht oder höchstens doppelt so hoch ist, hatten über den gesamten Untersuchungszeitraum rund 42 Prozent der Haushalte. Dagegen sank der Anteil derjenigen mit 60 bis unter 100 Prozent des mittleren Einkommens von 35,6 auf 32,3 Prozent. „Damit legen die Daten nahe, dass sich die untere Mitte vor allem verkleinert hat, weil Menschen in Armut abgerutscht sind, weniger, weil sie in die obere Mitte aufgestiegen sind“, schreibt Verteilungsexpertin Spannagel.

Geldprobleme untergraben Vertrauen

Eine schwierige finanzielle Situation geht häufig einher mit Frustrationen und Verunsicherung. Das spiegelt sich in der Identifikation mit staatlichen und demokratischen Institutionen, in der politischen Beteiligung und bei Wahlentscheidungen wider. Bei allen drei Punkten, für die die Erwerbs-

personenbefragung Daten aus dem März 2025 liefert, zeigen sich „deutliche Bruchlinien zwischen den Einkommensgruppen“, so die Forscherin.

Ein klarer Zusammenhang zur wirtschaftlichen Situation zeigt sich etwa beim Misstrauen gegenüber der Polizei: Knapp 24 Prozent der Menschen in Armut misstrauen der Polizei, während es bei den Menschen in einkommensreichen Haushalten nur knapp 9 Prozent sind. Rund 32 Prozent der Armen setzen kein oder nur geringes Vertrauen in Gerichte, unter den Reichen gilt das für gut 11 Prozent. Misstrauisch gegenüber den öffentlich-rechtlichen Medien sind rund die Hälfte der Armen und gut 31 Prozent der Reichen. Kein oder nur wenig Vertrauen in die Bundesregierung hatten im März 61 beziehungsweise 32 Prozent.

Gute Arbeit gegen Ungleichheit

Die Wahlbeteiligung sinkt ebenfalls mit dem Einkommen. Allerdings hat sich die Lücke bei der Bundestagswahl 2025 gegenüber dem Urnengang 2021 deutlich verkleinert. Da-

bei kam die laut der Erwerbspersonenbefragung erheblich gestiegene Beteiligung von ärmeren Menschen vor allem AfD und Linken zugute. Die beiden Parteien finden bei Personen am unteren Ende der Einkommensverteilung mehr Zuspruch als bei denjenigen am oberen Ende. Ein ähnliches Muster, aber weit weniger deutlich ausgeprägt, lässt sich auch bei SPD und BSW beobachten, während der Zusammenhang bei Union, Grünen und FDP in die andere Richtung geht.

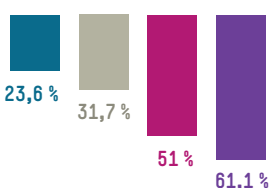
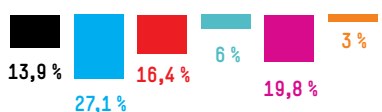
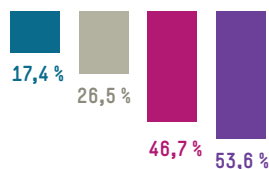
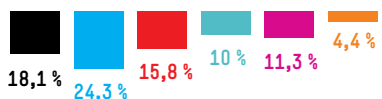
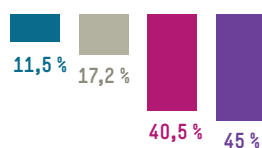
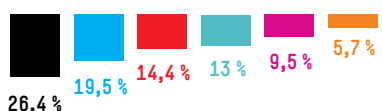
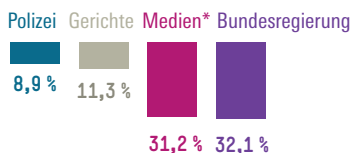
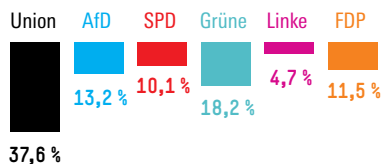
Die Daten zeigten, dass bei beschleunigt wachsender Ungleichheit „gesellschaftliche Spannungslinien stärker hervortreten“, warnt Spannagel. Um Ungleichheit, Armut und politischer Polarisierung entgegenzuwirken, müsse zum einen gute Erwerbsarbeit gestärkt werden. Dazu beitragen könnten mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit Tarifvertrag, eine passgenaue Qualifizierung und maßgeschneiderte Beratung von Menschen an den prekären Rändern des Arbeitsmarktes sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wichtig sei

zudem, dass Rente und Grundsicherung eine grundlegende gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. In die falsche Richtung führten vor diesem Hintergrund die geplanten Nullrunden bei den Regelbedarfsleistungen und das Vorhaben, den „Vermittlungsvorrang“ – Arbeit vor Weiterbildung – wieder einzuführen. Darüber hinaus empfiehlt Spannagel, den Spitzensteuersatz anzuheben und die derzeitige pauschale Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge von 25 Prozent in die progressive Einkommenssteuer einzugliedern. <

Einkommen prägt die Einstellung

So stimmten Erwerbspersonen bei der **Bundestagswahl 2025** ab ...

So hoch ist der Anteil der Erwerbspersonen, die gar kein oder nur geringes **Vertrauen** haben in die ...



Arme unter 60 % des Medianeinkommens, untere Mitte 60 bis unter 100 %, obere Mitte 100 bis unter 200 %, Reiche ab 200 %;
*öffentlich-rechtliche; Quelle: Spannagel 2025

Hans Böckler
Stiftung

Höherer Bundeszuschuss sinnvoll

Von den Ausgaben der Krankenkassen entfallen rund 18 Prozent auf versicherungsfremde Leistungen. Die sind in der solidarischen Versicherung richtig angesiedelt, sollten aber besser aus Steuermitteln bestritten werden.

Knapp 58 Milliarden Euro zahlen die Krankenkassen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Jahr für Leistungen, die vollständig oder anteilig versicherungsfremd sind. Das ergibt eine neue Studie des Berliner IGES Instituts, die das IMK gefördert hat. Damit flossen 2024 rund 18 Prozent der Gesamtausgaben in Aufgaben, die einen hohen gesellschaftlichen Nutzen stiften, von dem aber nicht nur die Beitragszahlenden profitieren und der daher breiter finanziert werden sollte. Das geschieht bislang nur zu einem relativ geringen Anteil. Denn den 58 Milliarden Euro stehen Bundeszuschüsse an die GKV von lediglich 14,5 Milliarden Euro gegenüber.

Versicherungsfremde Leistungen sind beispielsweise die beitragsfreie Mitversicherung von nicht-erwerbstätigen Ehepartnern oder -partnerinnen und von Kindern, die indirekte Finanzierung von Krankenhausinvestitionen oder Beiträge für Grundsicherungsbeziehende, die vom Bund nicht komplett übernommen werden. Von Fachleuten diskutiert wird unter anderem auch, inwiefern von den Kassen bezahlte Schutzimpfungen zumindest teilweise dazu zählen. Schließlich kommt ihre krankheitsvermeidende Wirkung nicht nur der Gemeinschaft der GKV-Versicherten zugute, sondern wirkt auch darüber hinaus.

„Wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu stemmen, ist eine Stärke, die die solidarische GKV von privatwirtschaftlichen Versicherungsunternehmen unterscheidet“, sagt IMK-Direktor Sebastian Dullien. „Grundsätzlich sind Leistungen wie die Familienversicherung dort auch gut und richtig angesiedelt. Aber die Kassen und ihre Versicherten dürfen nicht auf den Kosten dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgaben sitzen bleiben.“

Insgesamt identifiziert das IGES neun Leistungen mit einem jährlichen Gesamtvolumen von knapp 22 Milliarden Euro, die es vollständig als versicherungsfremd einstuft. Der größte Posten ist die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern und -partnerinnen. Weitere acht Leistungen stuften die Forscher als „teilweise begründbar“ versicherungsfremd ein. Diese sollten daher allenfalls anteilig aus Versichertenbeiträgen bezahlt werden. Darunter sind 24 Milliarden Euro, die in die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern fließen. Bei anderen Leistungen, die von manchen Fachleuten als versicherungsfremd bezeichnet werden, hält das IGES eine entsprechende Einstufung hingegen für kaum begründbar. Zudem betonen die Forschenden: Die Einstufung einer Leistung als versicherungsfremd sagt nichts darüber aus, ob diese Leistung Teil der gesetzlichen Versicherung sein sollte oder nicht.

„Die Studie macht deutlich, dass es nicht einfach, aber durchaus möglich ist, versicherungsfremde Leistungen in

der GKV plausibel abzugrenzen. Klar wird auch, dass die große Mehrheit der versicherungsfremden Ausgaben keineswegs überflüssig ist, sondern einen großen gesamtgesellschaftlichen Nutzen stiftet. Allerdings wird dieser Nutzen derzeit zu stark über Beiträge finanziert“, betont Katja Rietzler, Expertin des IMK für Fiskalpolitik. Die Studie zeige zudem, „dass die versicherungsfremden, aber gesamtgesellschaftlich sinnvollen Ausgaben der GKV um ein Mehrfaches höher sind als der Zuschuss, den der Bund aktuell zum Ausgleich zahlt“, ergänzt Dullien. „Ein höherer Bundeszuschuss aus Steuermitteln wäre also nur fair und ein sinnvoller Beitrag, um die Finanzierungslücke der GKV zu reduzieren.“

Gleichzeitig sei es nötig, Reformvorschläge zu verfolgen, die das Gesundheitssystem effizienter machen, indem die Qualität von medizinischen Leistungen verbessert oder Doppeluntersuchungen vermieden werden. Eine konsequente Digitalisierung sei ebenfalls wichtig, so Dullien.

Aufgaben für die ganze Gesellschaft

Die gesetzliche Krankenversicherung zahlt für wichtige gesellschaftliche Leistungen, die nicht nur ihren Versicherten nutzen. Die setzen sich u. a. zusammen aus ...



Quelle: IGES 2025

Hans Böckler
Stiftung

In einer anderen Studie haben Dullien und Rietzler kürzlich gezeigt, dass die Gesamtausgaben für soziale Sicherung in Deutschland nicht auffällig groß und in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch nicht übermäßig gestiegen sind. Gemessen an der Wirtschaftsleistung blieben sie in zentralen Bereichen wie Grundsicherung, Rente oder Arbeitslosenversicherung sogar unverändert oder waren etwas niedriger als vor 15 oder 20 Jahren. Wirklich problematisch war nach der Analyse nur die Kostenentwicklung im Gesundheitssystem. <

Quelle: Martin Albrecht, Richard Ochmann: Versicherungsfremde Leistungen in der GKV. IMK Study Nr. 102, Dezember 2025

Von Stabilisierung profitieren gerade die Jungen

Das Rentenpaket ist generationengerecht. Es verbessert die Renditen auch für die Jüngsten. Gleichzeitig bleibt die Belastung für den Bundeshaushalt verkraftbar.

Eine Stabilisierung des Rentenniveaus, wie sie im Rentenpaket 2025 der schwarz-roten Bundesregierung vorgesehen ist, verbessert die interne Rendite der Rente für alle gesetzlich Versicherten bis zu den jüngsten Jahrgängen. Das heißt, alle heute Erwerbstätigen sowie junge Menschen, die aktuell noch vor dem Eintritt ins Berufsleben stehen – konkret berechnet wurde dies bis zum Geburtsjahr 2010 – erhalten im Verhältnis zu ihren Beiträgen überproportional mehr Rente. Dasselbe gilt für einen wesentlichen Teil der heutigen Rentnerinnen und Rentner. Der positive Effekt fällt für Männer und Frauen ähnlich aus. Das zeigt eine Studie des IMK.

Angesichts der Ergebnisse sei die Kritik, eine Stabilisierung des Rentenniveaus würde jüngere Generationen benachteiligen, nicht haltbar, so die Autorinnen und Autoren. „Die umlagefinanzierte Rente wirft für alle betrachteten Jahrgänge ordentliche Renditen ab. Und durch die Niveaustabilisierung wird die Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung für junge und ältere Menschen noch einmal attraktiver.“

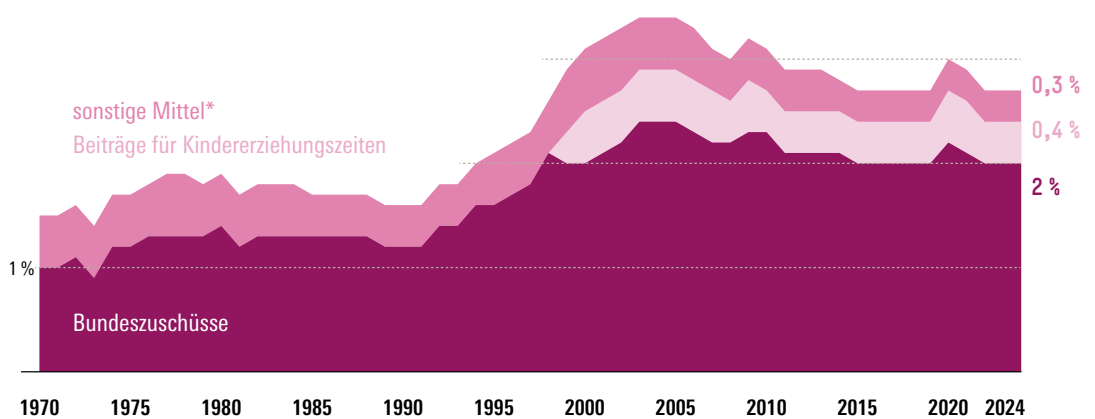
Je nach Geburtsjahr und Geschlecht liegen die internen Renditen des Beitragsteils, der in den individuellen Rentenanspruch fließt, bei einer Stabilisierung des Rentenniveaus zwischen 3,1 und 4,5 Prozent. Das sind für alle Geburtsjahre ab etwa 1960 knapp 0,1 Prozentpunkte mehr als ohne Stabilisierung, bei den Geburtsjahren davor etwas weniger. Dass alle Geburtsjahrgänge von der Stabilisierung profitieren, unterstreicht eine Beispielrechnung: Die monatliche Rente einer Eckrentnerin mit 45 Rentenpunkten erhöht sich durch die Stabilisierung im Jahr 2032 um rund 59 Euro oder 51 Euro in Preisen von 2025, die Rente im Jahr 2057, wenn eine heute 35-Jährige in Rente gehen wird, sogar um 116 Euro oder 61 Euro in Preisen von 2025.

Im Vergleich zum gescheiterten Rentenpaket II der Ampelkoalition fällt der Anstieg der Renditen der jüngsten Kohorten – ab etwa dem Geburtsjahrgang 2000 – unter den aktuellen Plänen der Merz-Regierung höher aus. Das liegt daran, dass das Rentenpaket 2025 durch Zuschüsse des Bundes und nicht durch höhere Beiträge der Versicherten finanziert wird. Zwar erhöht sich dadurch der Finanzierungsbedarf aus dem Bundeshaushalt, jedoch nicht direkt die Belastungen für die jüngeren Generationen. Im Gegenteil: „Während Rentenbeiträge nur von der arbeitenden Ge-

neration getragen werden, tragen auch Rentnerinnen und Rentner zum Steueraufkommen bei“, sagt Sebastian Dullien, Co-Autor der Studie und wissenschaftlicher Direktor des IMK. „Sie zahlen etwa Mehrwertsteuer, Energiesteuern und Tabaksteuer sowie oft auch Einkommenssteuer.“

Die Kosten für den Bundeshaushalt sind nach den Berechnungen der Forschenden überschaubar: Die Zahlungen an die Rentenversicherung steigen gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) um etwa 0,3 Prozentpunkte. „Dieser Anstieg ist relevant, aber im historischen Vergleich nicht dramatisch“, betonen die Forschenden. Denn auch mit diesem

Unter dem Höchststand So viel floss im Verhältnis zum BIP aus dem Bundeshaushalt in die gesetzliche Rente ...



*zum Beispiel für die knappschaftliche Rentenversicherung; Quelle: IMK 2025

Hans Böckler
Stiftung

Aufschlag blieben die Mittel, die insgesamt vom Bund in die gesetzliche Alterssicherung fließen, im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung unter der Quote, die schon einmal vor gut 20 Jahren erreicht wurde: 2003 steuerte der Bund Mittel in Höhe von 3,5 Prozent des BIP zu den gesamten Rentenausgaben bei, 2024 waren es lediglich 2,7 Prozent. Selbst bei einer langfristigen Simulation bis zum Jahr 2070, in der die Alterung der Gesellschaft berücksichtigt wird, lägen die Bundesmittel gemessen am BIP kaum höher als im Jahr 2003.

„Kritikerinnen und Kritiker wie die jungen Abgeordneten der Union glauben, dass die längerfristige Stabilisierung vor allem den Älteren zugutekommt. Das stimmt einfach nicht. Da die Renten jeweils vom letzten Niveau aus weiter angepasst werden, bringt der Regierungsvorschlag gerade auch für spätere Generationen mehr Rente“, erklärt Dullien. Eine heute 80-Jährige hätte von der Stabilisierung des Rentenniveaus bis zu ihrem statistisch erwarteten Lebensende nur noch wenige Jahre etwas. Die heute 35-Jährigen würden dagegen nach ihrem Renteneintritt noch länger von höheren Zahlungen profitieren. <

Quelle: João Domingues Semeano u.a.: Rentenpaket macht Rentenversicherung auch für Jüngere attraktiver, belastet aber den Bundeshaushalt, IMK Policy Brief Nr. 203, November 2025 [Link zur Studie](#)

Mitbestimmter Fortschritt nützt allen

Betriebsräte verhindern Nachteile für die Beschäftigten bei der Einführung von Robotern. Das kommt auch der Produktivität zugute.

Wenn die Roboter kommen, ist es für Produktionsbeschäftigte vorteilhaft, einen Betriebsrat zu haben. Das zeigt eine Studie, die Sebastian Findeisen und Oliver Schlenker von der Universität Konstanz gemeinsam mit Wolfgang Dauth vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) veröffentlicht haben. Den Ergebnissen zufolge senkt Mitbestimmung das Risiko von Entlassungen in Phasen betrieblicher Automatisierung. Die mitbestimmten Betriebe zeichnen sich in solchen Situationen durch mehr Weiterbildung und ein höheres Produktivitätswachstum aus.

Die Ökonomen haben IAB-Daten ausgewertet, die sich auf über 17 700 Beschäftigte in 718 Betrieben beziehen, die zwischen 2014 und 2018 Roboter angeschafft haben. Für die Analyse wurde jeweils der Werdegang von Produktionsbeschäftigten verglichen, die im Hinblick auf persönliche und betriebliche Merkmale wie Lohn, Arbeitserfahrung, Betriebsgröße, Geschlecht oder Beruf ähnlich oder identisch sind.

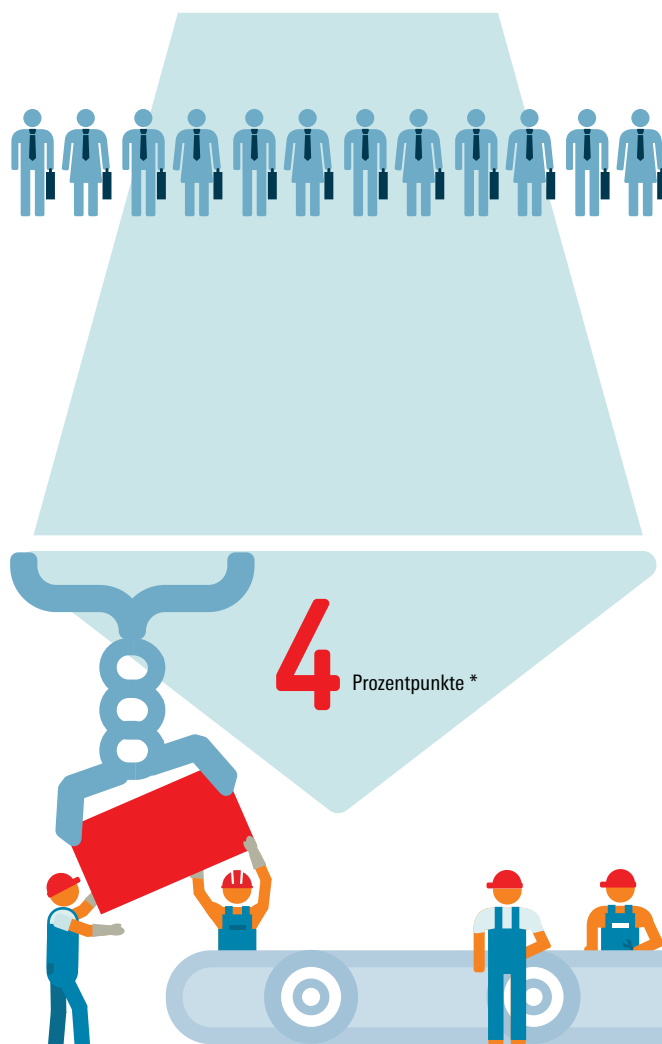
Ältere Beschäftigte profitieren am meisten

Laut den Berechnungen der Forscher haben drei Jahre nach der Einführung von Robotern im Schnitt zwölf Prozent der Beschäftigten den jeweiligen Betrieb verlassen. Mit Betriebsrat fällt dieser Wert vier Prozentpunkte geringer aus. Auch die Aussichten jenseits der eigenen Firma sind besser, wenn es dort einen Betriebsrat gibt: Nach drei Jahren ist die Wahrscheinlichkeit, überhaupt einen Job zu haben, allgemein um etwa einen Prozentpunkt gesunken, bei den Beschäftigten von mitbestimmten Betrieben dagegen unverändert. Beschäftigte ab 55 Jahren, die tendenziell größere Schwierigkeiten haben, sich an neue Technologien anzupassen, profitieren in dieser Hinsicht am meisten: Ihre Beschäftigungsquote erhöht sich durch Mitbestimmung um zwei Prozentpunkte. Die Effekte verschwinden, wenn Arbeitskräfte knapp sind – weil dann die Unternehmen selbst ein starkes Interesse daran haben, ihr Personal zu halten.

Generell gebe es keinen Hinweis darauf, dass Betriebsräte Automatisierung blockieren, heißt es in der Studie. In der Häufigkeit der Nutzung oder Einführung von Robotern seien keine Unterschiede erkennbar. Allerdings ist der Anteil der großen, hochproduktiven Roboter bei den mitbestimmten Betrieben höher – und das Produktivitätswachstum nach der Automatisierung. Außerdem kommt es dort zu „Weiterbildungsspitzen“: Der Abstand gegenüber den nicht mitbestimmten Firmen beim Anteil der Beschäftigten in Weiterbildung, der ohnehin etwa 5 Prozentpunkte beträgt, steigt zwischenzeitlich auf 14,5 Prozentpunkte. Das Fazit der Ökonomen: Die Tatsache, dass Produktivitätsvorteile einhergehen mit Arbeitsplatzsicherheit und Weiterbildung, spreche dafür, dass Betriebsräte auch bei Interessengegensätzen zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten kooperative Lösungen ermöglichen. <

Mitbestimmung schützt

Betriebsräte senken bei Produktionsbeschäftigten das Risiko, innerhalb von drei Jahren nach der Einführung von Robotern den Job zu verlieren, um ...



*Von 12 auf 8 Prozent; Quelle: Findeisen u.a. 2025

Hans Böckler
Stiftung

Quelle: Sebastian Findeisen, Wolfgang Dauth, Oliver Schlenker: Organized Labor Versus Robots? Evidence from Micro Data, ZEW Discussion Paper Nr. 25-005, Januar 2025



MEHR HÖREN

Christina Schildmann, Leiterin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, spricht im **Podcast Systemrelevant** mit dem Soziologen Florian Butollo über die Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf die Arbeitswelt: www.boeckler.de/de/podcasts-22421-wie-profitieren-arbeitnehmer-innen-von-ki-72809.htm

Wohlfahrtsgewinn mit Schattenseiten

Während die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr zurückging, haben sich andere Indikatoren des gesellschaftlichen Wohlstands in Deutschland positiv entwickelt.

Geld kann man nicht essen. Praktischen Nutzen stiftet es erst, wenn es ausgegeben wird. Wobei ein armer Mensch, der sich eine anständige Mahlzeit gönnen kann, mehr an Lebensqualität hinzugewinnt als ein reicher, der ein weiteres Luxusgut erwirbt. Dies und weitere Faktoren spiegeln sich nicht in der Zahl wider, die am häufigsten betrachtet wird, wenn es um den Wohlstand eines Landes geht: das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Um die Lage umfassender zu beschreiben, berechnen Benjamin Held und Dorothee Rodenhäuser vom Heidelberger FEST-Institut im Auftrag des IMK jedes Jahr den Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI). Wie das BIP enthält der NWI die Konsumausgaben als zentrale Komponente. Darüber hinaus berücksichtigt er aber auch das Ausmaß der Einkommensungleichheit, Umweltbelastungen, Kriminalität, Verkehrsunfälle und vieles mehr, insgesamt 21 Komponenten. Die jüngste Auswertung zeigt: Gemessen am NWI war 2024 kein ganz schlechtes Jahr. Obwohl das BIP um 0,6 Prozent zurückging, legte der Index um 2,3 Prozent zu.

Dahinter stecken verschiedene Faktoren. Ein wichtiger Grund sind gestiegene Konsumausgaben, sowohl der Haushalte als auch des Staates. Die erhöhten sich preisbereinigt bei den Privaten um 13,6 Milliarden Euro. Bei den öffentlichen Haushalten nahmen sie um 11,8 Milliarden zu – hauptsächlich durch mehr Ausgaben für Gesundheit sowie Familie und Kinder. Die Einkommensungleichheit ging laut Daten des Mikrozensus zuletzt leicht zurück, was sich ebenfalls positiv auf den NWI auswirkt. Gesunken sind auch der Energieverbrauch und dementsprechend der Ausstoß an Treibhausgasen und der Verbrauch nicht-erneuerbarer Energieträger, wobei dieser Trend auch seine Schattenseiten hatte. Negativ wirkten unter anderem steigende Kosten für das Pendeln zur Arbeit und höhere Schäden durch Naturkatastrophen.

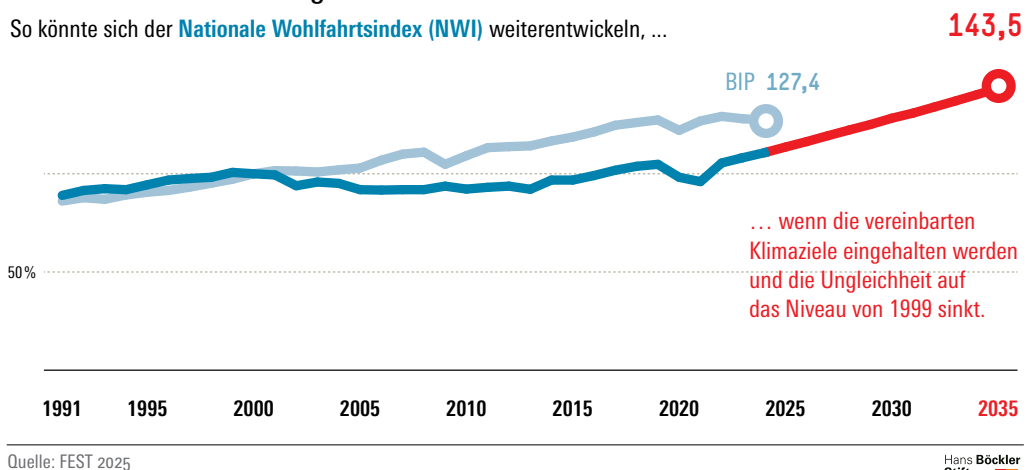
Die im Vergleich zum BIP positivere Entwicklung des NWI ist im langfristigen Vergleich eher ungewöhnlich: Insgesamt ist der NWI seit 1991 nur halb so stark gestiegen wie die Wirtschaftsleistung. Seit der Jahrtausendwende blieb der private Konsum meist hinter den Steigerungen des BIP zurück. Einkommensungleichheit und Umweltbelastung nahmen phasenweise zu. Wie sich der Wohlfahrtsindikator im laufenden Jahr entwickeln wird, ist nur schwer abzuschätzen, so Held und Rodenhäuser. Zwar stieg der Konsum An-

fang 2025 weiter an, ein höherer Energieverbrauch und die Nullrunde beim Bürgergeld lassen jedoch eine Verschlechterung der Umwelt- und Sozialkomponenten erwarten. Längerfristig möglich wäre ein deutlicher Anstieg des NWI aber durchaus, schreiben die Forschenden. In einem Szenario, in dem es gelingt, die vereinbarten Klimaziele einzuhalten und die Ungleichheit der Einkommen auf das Niveau des Jahres 1999 zurückzuführen, würde der NWI von heute knapp 111 bis 2035 auf rund 144 Indexpunkte steigen.

Natürlich bildet auch der NWI die gesellschaftliche Entwicklung nicht komplett ab und hat gewisse Schwächen. Darauf weisen Held und Rodenhäuser ausdrücklich hin. Zum Beispiel spiegeln Fortschritte in Sachen Umweltbelastung in Teilen nicht nur Erfolge bei der Energiewende, sondern auch krisenbedingte Produktionsrückgänge in der In-

Mehr Wohlstand ist möglich

So könnte sich der **Nationale Wohlfahrtsindex (NWI)** weiterentwickeln, ...



dustrie wider, die Arbeitsplätze kosten. Schwierigkeiten bereiten unter anderem auch die Erfassung und Bewertung des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks und dessen Entwicklung. Investitionen, die ihre Wirkung erst in der Zukunft entfalten, werden unzureichend abgebildet.

„Der NWI erhebt nicht den Anspruch, die gesellschaftliche Wohlfahrt eines Landes in allen Facetten vollständig abzubilden“, so die Forschenden. Er zeige aber, „dass soziale, ökologische und auch ökonomische Aspekte, die nicht oder sogar mit dem falschen Vorzeichen in die Berechnung des BIP eingehen, die Wohlfahrt der Bürgerinnen und Bürger eines Landes maßgeblich beeinflussen können“. Den NWI weiterzuentwickeln, sei wichtig, um künftige wirtschaftspolitische Entscheidungen auf breiterer Faktenbasis treffen zu können, ergänzt IMK-Direktor Sebastian Dullien. <

Quelle: Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser:
NWI 2025: Erhöhung durch steigende private und staatliche Konsumausgaben,
November 2025 [Link zur Studie](#)

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin;
Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen,
Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und
unter Angabe der Quelle frei www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie
uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

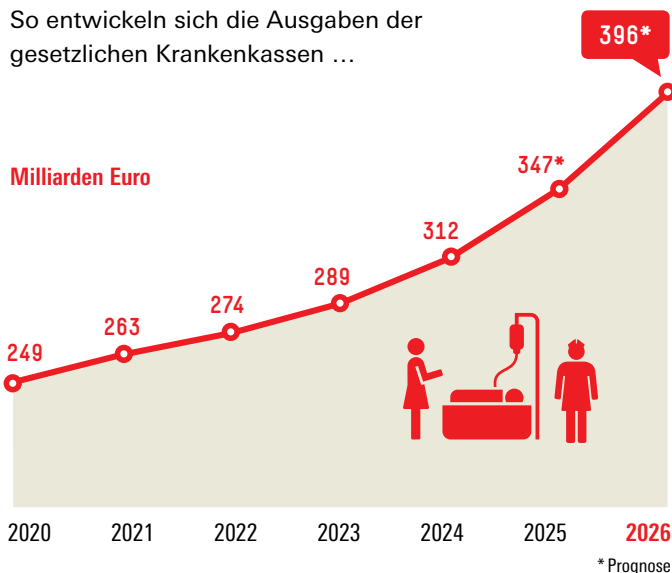
Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe
bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbei-
tung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

SOZIALVERSICHERUNG

Gesundheitskosten steigen

So entwickeln sich die Ausgaben der
gesetzlichen Krankenkassen ...



Quelle: GKV, Oktober 2025 [Link zur Studie](#)

VOLKSWIRTSCHAFT

Hoffnung auf Wachstum durch KI



Der verstärkte Einsatz künstlicher Intelligenz (KI)
könnte das Wirtschaftswachstum in Deutschland
in den kommenden 15 Jahren erheblich steigern.

Das zeigt eine gemeinsame Analyse des Instituts für Arbeits-
markt- und Berufsforschung (IAB), des Bundesinstituts für
Berufsforschung (BIBB) und der Gesellschaft für Wirtschaftli-
che Strukturforschung (GWS). Unter den getroffenen Annah-
men würde das Bruttoinlandsprodukt im Schnitt um 0,8 Pro-
zentpunkte pro Jahr stärker zulegen. Insgesamt ergibt sich
daraus ein kumulierter Wertschöpfungszuwachs von rund
4,5 Billionen Euro. <

Quelle: IAB, November 2025 [Link zur Studie](#)

VERTEILUNG

Superreiche ziehen davon

Die Milliardäre in den G-20-Staaten haben
im vergangenen Jahr 2,2 Billionen US-Dollar
dazugewonnen. Damit ist ihr Vermögen in
nur einem Jahr um 16,5 Prozent gestiegen.
Sie besitzen zusammen nun Vermögen im Wert von 15,6
Billionen Dollar. Das geht aus einer aktuellen Auswertung
von Oxfam hervor. Die Hilfsorganisation weist zur Einord-
nung darauf hin, dass die jährlichen Kosten, um alle 3,8
Milliarden Armen auf der Welt über die Armutsschwelle zu
heben, lediglich 1,65 Billionen Dollar betragen würden. <



Quelle: Oxfam, November 2025 [Link zur Studie](#)

ARBEITSMARKT

Stellenabbau in der Industrie

So hat sich die Beschäftigung im dritten Quartal 2025 im
Vergleich zum Vorjahresquartal entwickelt im Bereich ...

Automobilindustrie	-6,3 %
Metallerzeugung und -bearbeitung	-5,4 %
elektronische und optische Geräte	-3,0 %
Kunststoffindustrie	-2,6 %
Herstellung von Metallerzeugnissen	-2,5 %
Maschinenbau	-2,2 %
chemische Industrie	-1,2 %
Herstellung von elektrischer Ausrüstung	-0,4 %
Nahrungsmittelindustrie	1,8 %
verarbeitendes Gewerbe insgesamt	-2,2 %

Quelle: Destatis, November 2025 [Link zur Studie](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)